



**Antrag auf Gewährung einer Billigkeitsleistung nach der  
Richtlinie des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie  
des Landes Sachsen-Anhalt zur Gewährung staatlicher Hilfen für  
landwirtschaftliche Unternehmen, die durch die Folgen der Dürre 2018  
in ihrer Existenz gefährdet sind  
(Dürrehilfen Landwirtschaft 2018<sup>1</sup>)**

Zutreffendes bitte  ankreuzen oder ausfüllen!

An das

Eingangsstempel ALFF

Aktenzeichen  
(wird von der Bewilligungsbehörde eingetragen)

**EU-Betriebsnummer (BNR-ZD,12stellig)**

|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
|  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |  |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

**1. Angaben zum Antragsteller**

**1.1. Name, Vorname bzw. Unternehmensbezeichnung / Adressangaben**

|   |   |        |
|---|---|--------|
| Name, Vorname<br>bzw.<br>Unternehmens-<br>bezeichnung |   |        |
| Sitz<br>des<br>Unternehmens                           | Straße/ Haus-Nr.  |        |
|   | Postleitzahl, Ort   |        |
| Kontaktdaten  | Telefon (Vorwahl/Rufnummer)   |        |
|   | Mobil   | E-Mail |
|   | Verantwortlicher Leiter des Unternehmens bzw. Vertretungsberechtigter (Vollmacht ist beizufügen): |        |

**1.2. Bankverbindung**

|  |  |
|--|--|
| Name/Sitz der Bank   |  |
| Kontoinhaber/in  |  |
| IBAN (Internat. Bank Account Number, Internat. Bankkontonummer) bzw. Konto-Nr. |  |
| BIC (Bank-Identifizierungs-Code) bzw. Bankleitzahl                             |  |

**1.3. Tierhaltung**

Das Unternehmen ist ein tierhaltendes Unternehmen. Schäden in der Futterproduktion sind zu verzeichnen.

Ja     Nein

<sup>1</sup> Merkblätter und Anlagen finden Sie auch unter [www.elaisa.sachsen-anhalt.de](http://www.elaisa.sachsen-anhalt.de)  
601 037 PDF 10.2018

#### 1.4. Bewirtschaftung der Flächen

- Die landwirtschaftliche Nutzfläche wird ökologisch bewirtschaftet.
- Das Unternehmen nimmt an Agrarumweltmaßnahmen teil.
- Aufgrund nachfolgender Beschränkungen werden die Flächen extensiv bewirtschaftet:

- Das Unternehmen bewirtschaftet die landwirtschaftliche Nutzfläche konventionell und ohne Beschränkungen.

#### 1.5. Bewirtschaftung von Flächen in anderen Bundesländern

- Das Unternehmen bewirtschaftet keine Flächen in anderen Bundesländern.
- Das Unternehmen bewirtschaftet Flächen in anderen Bundesländern.
- In der Schadensaufstellung sind auch Flächen, die in anderen Bundesländern liegen, aufgeführt, nämlich in

#### 1.6. Allgemeine Angaben zum antragstellenden Unternehmen

|   |  |
|---|--|
| Das Unternehmen ist im Sinne des Anhanges I der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 ein Kleinunternehmen, kleines oder mittleres Unternehmen.<br>Das entsprechende Formblatt (KMU-Erklärung) ist beizufügen.   | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein                                      |
| Die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand an dem Unternehmen liegt unter 25 %.   | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein                                      |
| Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens umfasst die Primärproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse einschließlich Imkerei und Wanderschäfererei.<br>(Die in §1 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 5 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte genannte Mindestgröße wird erreicht oder überschritten.) | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein                                      |
| Das Unternehmen ist ein Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne der Definition gemäß Randnummer 35 Ziff. 15 des Agrarrahmens.<br><b>Wenn ja, bitte nächste Zeile beantworten.</b>   | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein                                      |
| <b>Die Schwierigkeiten sind allein auf die Dürre 2018 zurückzuführen.</b>   | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein<br><input type="checkbox"/> Entfällt |
| Es besteht keine Rückforderungsanordnung auf Grund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt, der nicht Folge geleistet wurde.  | <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein                                      |

#### 1.7. Beteiligungen und Gesellschafter

- 1.7.1. Es bestehen weder Beteiligungen des antragstellenden Unternehmens oder dessen Gesellschafter an anderen Unternehmen, noch sind andere Unternehmen am antragstellenden Unternehmen beteiligt.
- Ja  Nein

**1.7.2. Gesellschafter des antragstellenden Unternehmens** (alle Beteiligungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind aufzuführen, ggf. ist ein gesondertes Blatt beizufügen)

| BNRZD<br>12 stellig | Gesellschafter (Name bzw.<br>Unternehmensbezeichnung) | Anschrift | Kapitalanteil<br>% |
|---------------------|---|-----------|--------------------|
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |
|                     |   |           |                    |

**1.7.3. Beteiligung des antragstellenden Unternehmens oder dessen Gesellschafter an anderen landwirtschaftlichen oder nicht landwirtschaftlichen Unternehmen** (alle Beteiligungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sind aufzuführen, ggf. ist ein gesondertes Blatt beizufügen)

| BNRZD<br>12 stellig | Unternehmensbezeichnung | Anschrift | Kapitalanteil<br>% |
|---------------------|-------------------------|-----------|--------------------|
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |
|                     |                         |           |                    |

Die Besitz- und Beteiligungsverhältnisse der Unternehmen (einschließlich des Antragstellers) sind mit Hilfe eines detaillierten Organigramms (gesellschaftsrechtliche Beteiligungen namentlich und mit Prozentangabe; unter Angabe der Schwellenwerte, wie Mitarbeiterzahl, Jahresumsatz, Jahresbilanzsumme; auch weitere Beteiligungen der Gesellschafter an anderen Unternehmen darzustellen.

## 2. Schadensabschätzung

### 2.1. Angaben zum Antrag

Es wird ein Antrag auf Billigkeitsleistungen auf der Grundlage des in der Anlage zum Antrag ermittelten Schadensbetrages nach Berücksichtigung von Privatvermögen

in Höhe von insgesamt

 Euro

ein Zuschuss von bis zu  50% in Höhe von

 Euro

gestellt.

- Es wird eine Abschlagszahlung beantragt.
- Ich erkläre, dass der errechnete Schaden allein auf das Dürreereignis zurückzuführen ist.
- Das Unternehmen verzeichnete aufgrund der Dürre 2018 einen Naturalertragsrückgang im Vergleich zu dem vorangegangenen Dreijahreszeitraum / Dreijahresdurchschnitt auf der Grundlage des vorhergehenden Fünfjahreszeitraums unter Ausschluss des höchsten und des niedrigsten Wertes in Höhe von 30%.
- Die Anlagen zum Antrag sind in Form der in elaisa eingestellten Excel-Tabellen beigefügt.  
oder am  per E-Mail an die Bewilligungsbehörde versandt.
- (Bitte beachten Sie, dass das Tabellenblatt „Zusammenfassung Schaden“ und die Erklärungen zum Privatvermögen in Papierform beizufügen ist.)
- Der Schaden nach 4.1 und 4.4 der Richtlinie ist größer als der Cash-flow III des Dreijahresdurchschnitts.
- Die Summe des insbesondere kurzfristig zumutbar verwendbaren Privatvermögens reicht nicht aus, um den Schaden zu kompensieren.
- Die Summe der Einkünfte des Unternehmens aus gewerblichen nichtlandwirtschaftlichen Betriebszweigen ist nicht höher als 35 % der gesamten Einkünfte.

### 2.2. Angaben zu Einnahmen zum Schadensausgleich

Besteht bezüglich des eingetretenen Schadens ein Versicherungsschutz?

- Ja  Nein, weil
- kein erschwinglicher Versicherungsschutz möglich.
- Sonstiges (bitte erläutern)

Erfolgten Leistungen Dritter zum Schadensausgleich bzw. haben Sie Leistungen beantragt<sup>2</sup>?

- Ja  Nein

| Beantragte oder erhaltene Leistungen Dritter zum Schadensausgleich | Höhe in Euro |
|--|--------------|
| Versicherungsleistungen  |              |
| Spende   |              |
| erhaltene oder beantragte Zuwendungen Dritter                      |              |
| sonstige geldwerte Leistungen Dritter                              |              |
| Zinsverbilligtes Darlehen  |              |
|  |              |
|  |              |
|  |              |

<sup>2</sup> z. B. Versicherungsleistungen, Spenden, beantragte oder erhaltene Zuwendungen, geldwerte Leistungen Dritter (Futterspenden), zinsverbilligte Darlehen

### 3. Anlagen (soweit erforderlich)

#### 3.1. Diesem Antrag sind folgende Anlagen in Papierform beigelegt:

- Anlage zur KMU-Erklärung (Vordruck)
- Genossenschaftsregisterauszug, Handelsregisterauszug, Vereinsregisterauszug
- unterschriebene Fassung Zusammenfassung Schaden der Excel Tabelle Anlage zum Antrag
- vorliegende Buchführungsabschlüsse zur Berechnung des Cashflow III
- Einkommensteuerbescheide aller Gesellschafter
- Vollmachten (bei Gesellschaften u. sonstigen Gemeinschaften)
- Zuwendungsempfänger ohne eigene Rechtspersönlichkeit - vertragliche Vereinbarung Haftung
- Erklärungen zur Prosperität von allen Gesellschaftern und Privatvermögen zum Stichtag 30.06.2018 von allen Gesellschaftern mit einem Anteil von 10% und mehr bzw. den Gesellschaftern mit dem größten Gesellschaftsanteil (mindestens für 3 Gesellschafter).

Es werden  Tabellenblätter Prosperität Privatvermögen eingereicht

Bitte achten Sie darauf, dass diese von dem Einzelunternehmer bzw. dem Gesellschafter unterzeichnet sind.

- Bei juristischen Personen:  
Erklärung des Steuerberaters, dass gewerbliche Einkünfte nicht mehr als 35 % der gesamten Einkünfte betragen.

- vom Steuerberater/Fachprüfverband bestätigte Liste der Gesellschafter inkl. Kapitalanteil

- 
- 
- 
- 
- 

#### 3.2. Weitere Anlagen:

- 
- 
- 
- 
- 

Das ALFF behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.

#### 4. Erklärungen des Antragstellers

- Ich/Wir habe/n die nachfolgenden Erklärungen wahrheitsgemäß abgegeben und bestätige/n die Kenntnisnahme der unten genannten Hinweise.

Ich/Wir erkläre/n, dass

- die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen vollständig und richtig sind,
- der Betriebssitz in Sachsen-Anhalt liegt,
- alle auf Grund des Schadereignisses erhaltenen oder beantragten Zuwendungen, Zahlungen, Versicherungsleistungen oder sonstigen geldwerten Leistungen Dritter von mir/uns offen zu legen sind. Mir/Uns ist bewusst, dass sich durch diese Leistungen der anzurechnende Schadensumfang entsprechend verringert. Bei Überzahlung wird eine Rückzahlung fällig.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Billigkeitsleistung nicht besteht und die Leistung unter dem Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel steht,
- der Antrag nur bearbeitet werden kann, wenn die Angaben vollständig sind und alle erforderlichen Anlagen der Bewilligungsbehörde vorliegen,
- mit einer Kürzung bis hin zur vollständigen Rückforderung der Zuwendung zu rechnen ist, wenn
  - die Billigkeitsleistung durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt wird,
  - gegen Auflagen und Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem Erhalt der Leistung verstoßen wird,
  - oder ein vergleichbarer schwerwiegender anderer Grund vorliegt,
- die Bewilligungsbehörde berechtigt ist, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern und zu prüfen sowie durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen,
- die Bewilligungsbehörde jederzeit weitere Unterlagen anfordern kann,
- alle Angaben im Antrag nachweisbar sein müssen,
- bei Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit die im Antrag benannten Personen verbindlich für die sachgerechte Verwendung der öffentlichen Mittel haften,
- eine Überprüfung der beantragten Maßnahmen durch die zuständigen Behörden des Landes und des Bundes und der jeweiligen Rechnungshöfe zuzulassen und deren Beauftragten auf Verlangen Einblick in die leistungsrelevanten Unterlagen zu gewähren ist,
- die Daten der EU in gesetzlich vorgeschriebenem Rahmen übermittelt werden,
- dass die in diesem Antrag und in den beigefügten Unterlagen enthaltenen Tatsachen/Angaben, von denen die Gewährung oder das Belassen der Leistung abhängig ist, subventionserhebliche Tatsachen i. S. des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass ich/wir nach § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 9.10.1992, GVBl. LSA S. 724, i.V.m. § 2 Abs. 1 des SubvG vom 29.7.1976 (BGBl I S. 2034) verpflichtet bin/sind, der bewilligenden Stelle unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die von Bedeutung sind.

Mir ist ferner bekannt, dass die Nichtachtung dieser Verpflichtung eine Bestrafung wegen Subventionsbetruges (§ 264 StGB) nach sich ziehen kann.

Ich/Wir verpflichte/n mich/uns,

- Unterlagen, die für die Bemessung der Förderung von Bedeutung sind, mindestens 10 Jahre ab Bewilligung aufzubewahren,
- jede Änderung, die Auswirkungen auf die Leistungsberechtigung bzw. die Förderhöhe hat, unverzüglich der Bewilligungsbehörde schriftlich mitzuteilen.

## 5. Erklärung zum Datenschutz

Bitte beachten Sie folgende Datenschutzhinweise gem. Art. 12 ff. Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), mit denen Sie gemäß den Verpflichtungen aus der Datenschutz-Grundverordnung über Art, Umfang, Dauer und Zweck der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihre diesbezüglichen Rechte informiert werden. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung ist Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe e DS-GVO in Verbindung mit § 23 Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- mit dem Antrag zum Zweck der weiteren Antragsbearbeitung im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt und in den Ämtern für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten die Erhebung, Speicherung und Verwendung meiner/unserer personenbezogenen Daten wie Namen, Adressen, Telefonnummern, E-Mail-Adressen und Bankverbindungen verbunden ist. Für die Bearbeitung des Antrages und zu Kontrollzwecken ist zudem die Übermittlung meiner/unserer personenbezogenen Daten an andere Behörden/Einrichtungen/Prüfungseinrichtungen des Landes/des Bundes/der EU notwendig. Zudem erfordern rechtlich vorgesehene (Anhörungen/Öffentlichkeitsbeteiligungen) die Offenlegung meiner/ unserer personenbezogenen Daten.
- mein/ unser Antrag einschließlich des Verfahrensvorganges solange gespeichert werden muss, bis die sich nach Abschluss des Fördervorhabens (einschließlich aller Auszahlungen und gegebenenfalls abgeschlossener Rückforderungsverfahren) anschließend ergebenden nationalen und europäischen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind. Mir/uns steht gegenüber dem Verantwortlichen ein Recht auf Auskunft über die mich/uns betreffenden personenbezogenen Daten (Art. 15 DS-GVO) sowie auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO) oder Löschung (Art. 17 DS-GVO) oder auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO) oder ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO) zu. Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung ist das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt, Leipziger Straße 58, 39112 Magdeburg. Der Datenschutzbeauftragte im Ministerium ist erreichbar unter der E-Mail-Adresse [datenschutz@mule.sachsen-anhalt.de](mailto:datenschutz@mule.sachsen-anhalt.de). Zudem besteht für Sie ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde in einem der EU-Mitgliedstaaten. In der Bundesrepublik Deutschland sind sowohl die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) als auch die Datenschutzbeauftragten der Länder Aufsichtsbehörden im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung. Aufsichtsbehörde im Land Sachsen-Anhalt ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Leiterstraße 9, 39104 Magdeburg.
- eine Verpflichtung aufgrund einer Rechtsvorschrift für die Antragsangaben nicht besteht und die Verarbeitung - insbesondere die Erhebung, Speicherung, Verwendung und Übermittlung - der personenbezogenen Daten, freiwillig ist,
- die Nichteinwilligung zur Verarbeitung der erhobenen Daten zur Folge hätte, dass mein Antrag abgelehnt wird,
- der Datenverarbeitung jederzeit von mir widersprochen werden kann. Durch den Widerspruch wird die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerspruch erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerspruch gegen die Verarbeitung hätte, je nach Bearbeitungsstand, zur Folge, dass
  - der Antrag nicht mehr weiter bearbeitet werden kann und abzulehnen ist oder
  - ein bereits ergangener Zuwendungsbescheid zu widerrufen ist und
  - ggf. bereits ausgezahlte Fördermittel zurückzufordern sind.

Der Antragsteller ist mit der Kommunikation über unverschlüsselten E-Mail-Verkehr einverstanden.

Ja  Nein

Hinweis: Ein Austausch rechtsverbindlicher Erklärungen kann nicht im E-Mail-Verkehr erfolgen.

Ort, Datum

Name(n) in Druckbuchstaben

Rechtsverbindliche Unterschrift des/der Antragsteller/s bzw. der mit der Unternehmensleitung beauftragten Person/en